Nr. 305. Freitag, den 30. Dezember 1910. 24. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einz. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köpke in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaux. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Heinr. Koenen, Annenstr. 17. **Eimsbüttel, Langenfelde** bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel** und **Winterhude** bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. **Barmbeck, Uhlenhorst** bei Theodor Petereit, Bachstr. 12. **Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck** und **Billwärder** bei Carl Ortel, Baustr. 26. **Hammerbrook** bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 18. **Rotenburgsort** und **Veddel** bei Th. Reimer, Lindleystr. 85. **Wilhelmsburg** bei Carl C. Diehl, Meyerstr. 12, 1. Et. **Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde** und **Ost-Barmbeck** bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. **Altona** bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. **Ottensen, Bahrenfeld** bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129.

Hierzu zwei Beilagen.

In den Flitterwochen der Republik.

Als Arion, der Sänger der althellenischen Sage, von Seeräubern gefangen auf einem Schiff entführt wurde, bat er, noch einmal singen zu dürfen, worauf er sich ins Meer stürzen wollte. Die Macht seiner Töne lockte eine Menge Delphine herbei, von denen einer den Sänger, als dieser in das Meer sprang, auf den Rücken nahm und ans Land trug.

So lockend und süßtönend wie Arion singt auch Dr. Bernardino Machado in die Welt hinein, der berühmte Literarhistoriker und zurzeit Minister des Auswärtigen der neuen Republik Portugal. Könnten ihn die Delphine hören, so würden sie möglicherweise auch in Scharen herbeischwimmen; es hören ihn jedoch in erster Linie die Diplomaten Europas zu, und diese werden von seinem Gesang nicht bezaubert sein, aber sie werden lächeln. Denn die neueste Kundgebung des portugiesischen Ministers ist ein Hymnus in Prosa, ähnlich jenen lyrischen Manifesten, die 1848 der Dichter Lamartine im Namen der französischen Republik an die Mächte richtete. Lamartine verkündete damals den Frieden, während die Völker Mitteleuropas sich für ihre Freiheit erhoben, und die Diplomaten lächelten dazu, weil sie in diesen Friedensbeteuerungen das Eingeständnis der Schwäche sahen. Heute geht es nicht so stürmisch in Europa zu, wie 1848, und die neue portugiesische Republik braucht keine Besorgnis vor einem Kriege zu haben. Sie beschäftigt sich zurzeit damit, den von der vertriebenen Dynastie hinterlassenen Unrat auszufegen. Das ist sehr gut und sie möge nur gründliche Arbeit machen. Aber sie muß auch noch mehr tun. Sie muß vor allen Dingen darauf bedacht sein, sich nach außen und nach innen zu befestigen. Dazu möge sie die Zeit des Friedens benutzen, denn man weiß nicht, wie lange dieser Friede noch dauert. Die Rüstungen gehen ja weiter, trotz aller Friedensbeteuerungen.

Wenn die Diplomaten lächeln, so kann man es begreifen. Denn dieser neue Kollege scheint sich im Schäferlande Arkadien zu fühlen. Seine Kundgebung beginnt mit der frohen Botschaft, daß die Wissenschaften demokratisch geworden sind. Und in schön geordneter Gedankenreihe gelangt der neue Staatsmann dahin, daß in der Welt der Gedanken „der Despotismus der Offenbarung“ längst entthront und daß sogar „die Tugend demokratisiert“ sei. Ah, wie würde sich der selige Robespierre freuen, wenn er hören könnte, was aus seiner geliebten Tugend geworden ist!

Der lyrisch-philosophische Staatsmann führt aus, daß die Menschheit drei Entwicklungsperioden durchwandle, nämlich die theokratische, die feudale und die bürgerlich-freie. Damit scheint für ihn die Menschheitsentwicklung abgeschlossen zu sein. Er fühlt indessen, daß er diesem Rahmen auch einen Inhalt geben muß, und deshalb stellt er eine Morallehre auf, einen „kategorischen Imperativ der Vernunft und der Pflicht“.*) „Die Pflicht“, fährt er fort, „befiehlt uns, uns hinzugeben für die Bedürftigen, die Armen, die Schwächeren und Niederen. Die moderne heilige Dreifaltigkeit ist folgende: Für das Volk, für die Frau und für das Kind!“

Die hier ausgesprochenen Gedanken stechen gewiß durch ihren milden und humanen Inhalt vorteilhaft ab von dem Beutegeschrei preußischer Junker oder von der Roheit rheinischer Industrieprotzen. Aber man sucht nach etwas Positivem, denn das Versprechen, „den Bedürftigen und Niederen“ zu helfen, wird von den Regierungen aller Schattierungen gar zu oft gemacht, ohne daß es erfüllt wird. Und da findet sich der nachfolgende Satz:

„Gegen alles Elend müssen wir sie schützen, aber ganz besonders gegen das moralische Elend, gegen die Knechtschaft, die der Ursprung aller andern Uebel ist.“

Gesellschaftswissenschaft ist die Sache dieses neuen Staatsmannes nicht. Schon die alte Internationale von 1864 verkündete, „daß die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von Monopolisten der Werkzeuge der Arbeit, der Quellen des Lebens, die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit bildet“.

Diese Erkenntnis ist denn doch nunmehr soweit vorgedrungen, daß die in ihr enthaltene Theorie einem bürgerlichen Republikaner nicht ganz unbekannt sein sollte, auch wenn er selber nicht so weit geht.

Das merkwürdigste an der Kundgebung von Dr. Machado aber bleibt, daß darin über die auswärtige Politik Portugals gar nichts gesagt ist. Soviel Harmlosigkeit, die das eigene Departement ganz mit Schweigen übergeht, scheint uns denn doch vom Uebel. Auch darüber werden die Herren Diplomaten von der alten Zunft lächeln, denn mit diesem lyrischen Kollegen hoffen sie einmal leicht fertig zu werden, wenn es eine ernste Verwicklung geben sollte. Man kann den Staatsmännern der jungen Republik nur empfehlen, aus ihren arkadischen Träumereien zu erwachen und für sich — zum Teil wenigstens — auch das zu beherzigen, was die Internationale seinerzeit der Arbeiterklasse für die auswärtige Politik empfohlen hat, nämlich „sich selbst der Mysterien der internationalen Staatskunst zu bemeistern, die diplomatischen Streiche der Regierungen zu überwachen — — — und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu proklamieren, welche ebensowohl die Beziehungen einzelner regeln, als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollten“.

Die bürgerliche Republik Portugal wird die in solchen Fällen unvermeidliche Entwicklung durchmachen. Sie wird ein Klassenstaat bleiben, da ja die bürgerlichen Einrichtungen im allgemeinen auf dem Grunde der kapitalistischen Produktionsform auch ferner bestehen. So bleibt der Staat in den Händen der herrschenden Klassen, die ihn für sich nutzbar machen. Wenn auf das Königtum die Republik mit parlamentarischer Regierung folgt, so werden in diesem noch unentwickelten Lande die alte feudale und die neue bürgerliche Aristokratie sich der Herrschaft bemächtigen. Wie weit sie die Versprechungen einlösen werden, die dem Volke im Moment der Revolution gegeben worden sind, ist abzuwarten.

*) Kategorischer Imperativ: das unbedingte Vernunftgebot in der Kantischen Philosophie.

Die französische Wahlreform.

Jr. Paris, 28. Dezember. In der Konfusion, die gegenwärtig die politische Situation in Frankreich charakterisiert, dominiert als alleiniger fester Punkt die Wahlreform. Die Zersetzung der radikalen Partei, eine Folge ihrer Desorganisation, die ihrerseits bei einer Partei, deren Kerntruppe das Kleinbürgertum ist, nur natürlich ist, hat die parlamentarische Konfusion und Korruption erzeugt. Sie hat es möglich gemacht, daß ein politischer Ueberläufer wider den Willen der radikalen Partei in einem Parlament regiert, in dem diese Partei in beiden Häusern über die Mehrheit der Stimmen verfügt, oder vielmehr nach der Parteigruppierung verfügen sollte. Briand regiert aber nicht nur mit Hilfe der Radikalen gegen den Willen der radikalen Partei, er regiert auch gegen das radikale Parteiprogramm oder — um uns bescheiden auszudrücken — gegen die radikale Parteitradition. Und dieses beispiellose Beispiel eines leitenden Staatsmannes ohne Programm und ohne Partei, der mit einer fünfjährigen ununterbrochenen Ministerschaft eine nur von zwei Ministern der dritten Republik übertroffene ministerielle Langlebigkeit aufweist, wirkt an sich allein wieder korrumpierend und zersetzend. Mehr als der Fall Briand an sich, der ja, wenn auch nicht erreicht, so doch nicht einzig ist, wirkt jedoch die Politik Briands zersetzend: Es ist die Politik der gewaltsamen Negation, übertüncht mit schönklingenden Zweideutigkeiten.

Hört man Briand sprechen, so gewinnt man den Eindruck, vor sich einen Mann zu haben, der über die Kleinheit des Tages hinweg, mit geschickter, fast zu geschickter Hand einer großzügigen Politik der Realisierung die Wege ebnet. Und diese Illusion — denn es ist nur eine Illusion — hält die Kammer seit fünf Jahren gefangen. In Wirklichkeit ist dieser Eindruck nur die Wirkung eines rednerischen Jongleurs ohne Ideen und Programm, der einzig auf die Realisierung des Beifalls seiner Zuhörer bedacht ist. Daher kommt auch die absolute Unfruchtbarkeit seiner Ministerschaft. Die innere Hohlheit und äußere Unwahrheit seiner Politik offenbart sich am vollkommensten, wenn Briand zur Produktion gezwungen ist. Seine Projekte, richtiger gesagt, die Projekte seiner Impulsion, sind ein Sammelsurium zusammengestohlener, einander widersprechender Ideen, die in ihrer widernatürlichen Zusammenkoppelung einander aufheben. Ins einzelne vor sein Produkt gestellt, ist Briand stets bereit, sein eigenes Erzeugnis zu verleugnen, um sich hinter die Idee zu verschanzen, die augenblicklich die Mehrheit der Zuhörer für sich hat. Ein klassisches Beispiel dieser Politik bietet Briands Stellung zur Wahlreform.

Aus der wachsenden politischen Korruption und Konfusion kann uns — das wird heute kaum noch von den Nutznießern dieser Konfusion bestritten — eine gründliche Reform der parlamentarischen Basis herausführen. Der verrostete staatliche Zentralismus hat die Abhängigkeit der Provinzen und teilweise auch der Gemeinden von der Regierung erzeugt. Die Regierung hängt jedoch ihrerseits immer mehr von der persönlichen Haltung der Abgeordneten ab, einmal weil die schwach oder nicht organisierten Parteien immer mehr ihren politischen Einfluß auf die Abgeordneten verlieren und eine Regierung also immer weniger mit den Parteien und immer mehr mit den Abgeordneten regieren muß. Die Regierung Briand, die parteilose Regierung par excellence, ist aber mehr als jede andere Regierung gezwungen, den Abgeordneten zu dienen, nachdem sie die Parteien verraten hat. Aus dieser Schwäche schöpft die Regierung jedoch ihre Stärke. Diese Stärke beruht in der Kultivierung der Günstlingswirtschaft und der Wahlbeeinflussung. Die Wahlpression wirkt auf die Wähler zugunsten eines Kandidaten und verpflichtet diesen, sobald er gewählt ist, um so mehr für die Regierung einzutreten, als seine Partei schwach ist — und das trifft besonders auf die Parteien der bürgerlichen Linken zu. Die Günstlingswirtschaft verpflichtet die Wähler dem Abgeordneten. Diese Günstlingswirtschaft nimmt alle erdenklichen Formen an. Will ein Lehrer, ein Beamter, ein Briefträger oder sonst ein mittelbarer oder unmittelbarer Staats- oder Gemeindeangestellter versetzt oder nicht versetzt werden, braucht er die Befürwortung „seines“ Abgeordneten. Will jemand von der Waffenübung befreit werden, einen Steuernachlaß haben usw., braucht er wieder die Unterschrift „seines“ Abgeordneten. Nun gar, wenn man sich um eine Staatsanstellung bewirbt oder ein Tabakbureau bekommen will! Die besten Zeugnisse, die glänzendsten Examen sind wirkungslos, wenn sie nicht von der Unterschrift einer möglichst großen Anzahl von Abgeordneten „beglaubigt“ sind. Dazu kommen die „republikanischen“ Orden — der Ehrenlegion, des öffentlichen Unterrichts, des landwirtschaftlichen Verdienstes usw. — die alljährlich nach Zehntausenden verliehen werden. Dieses System, das sich zu einer öffentlichen Kalamität ausgewachsen hat, kann nur zerstört werden, wenn zwischen den Abgeordneten und den Wählern der persönliche Kontakt aufgehoben wird. Dazu ist notwendig, daß die Wähler gezwungen werden, statt für ihren Abgeordneten für ihre Partei zu stimmen. Das ist bei dem embryonalen Stande der Parteien zunächst nur möglich, wenn die Wahlbasis erweitert, d. h. das Listenwahlsystem eingeführt wird, wodurch die Parteien ihrerseits zur Verantwortung und zur Organisierung gezwungen werden. Ergänzt muß die Wahlreform durch die administrative Dezentralisierung werden, die den Kreisen die notwendige Selbstverwaltung gibt. Die Listenwahl ist freilich nur möglich, besonders angesichts der großen Parteizersplitterung, mit der Ergänzung durch die Proportionalwahl. Die proportionelle Listenwahl hat unter diesen Umständen am meisten da Gegner, wo die Parteiorganisation am schwächsten und der Einfluß auf die Regierung oder die Abhängigkeit von ihr am stärksten ist, also bei den Radikalen. Sie sind in der Mehrheit entweder für die Beibehaltung des gegenwärtigen Systems, oder für die Einführung der reinen Listenwahl, die der jeweiligen Mehrheit ein unnatürliches Uebergewicht gibt. Das Briandsche Projekt ist ein Sammelsurium von allen Systemen, ohne einem gerecht zu werden. Die Hälfte der vorgesehenen Wahlkreise ist so klein — ein bis fünf Abgeordnete — daß der Zweck der Wahlreform dadurch in Frage gestellt wird. Die Minoritätsparteien werden besonders dadurch benachteiligt, daß der Wahlquotient auf Grund der Wahlberechtigten und nicht der Abstimmenden aufgestellt und die Stimmenhäufung auf bestimmte Kandidaten untersagt wird. Das widerspruchsvolle System wird schließlich in eine Verlängerung der Mandatsdauer und eine dreischichtige Erneuerung der Kammer eingeschnürt.

Die Wahlreformkommission hat das ganze Projekt beiseite gelegt und ein anderes System angenommen, das dem belgischen ähnelt, jedoch ohne Pluralstimmen und ohne dreischichtige Erneuerung — ein System der reinen, proportionellen Listenwahl. Nach einigen Unterhandlungen und vieldeutigen Erklärungen hat Briand schließlich auf der ganzen Linie kapituliert. Die dreischichtige Erneuerung und die Verlängerung der Mandatsdauer hat Briand schon früher aufgegeben. Nun hat er sich bereit erklärt, auch zur Berechnung des Wahlquotienten die Zahl der Abstimmenden anzunehmen, die Stimmenhäufung und auch die Ausdehnung der kleinen Wahlkreise zuzulassen. Von dem eigentlichen „System Briand“ bleibt also so gut wie nichts übrig. Das neue Projekt bringt eine gerechte Wahlkreiseinteilung, eine kleine Einschränkung der Zahl der Abgeordneten und die nahezu reine proportionelle Listenwahl.

Wenn die Kammer endlich mit der Budgetberatung fertig sein wird, wird die Wahlreform an die Reihe kommen. Unter der klugen Obhut unseres Genossen Groussier, den die Kommission zum Berichterstatter ernannt hat, wird die Wahlreform bald im sichern Hafen landen. Und damit wird der Grund zur politischen Gesundung, zur Verdrängung der persönlichen Interessenwirtschaft durch den Kampf der Interessen, gelegt werden.

Das Frauenstimmrecht in England und in Frankreich.

Die Bewegung für das Frauenstimmrecht in England ist aus einer Schrift der Mary Wolstonkraft hervorgegangen, der Frau des berühmten Sozialisten (Utopisten) Robert Owen. J. St. Mill hat diesem Gedanken „den Faltenwurf der klassischen Oekonomie gegeben“. Von der liberalen Partei wurde er unterstützt; aus den politischen Ueberzeugungen ihres radikalen Flügels gewann er praktisches Leben.

In Manchester, wo Cobden und Bright ihren Siegeszug für den Freihandel begannen, ist der Kampf für das Frauenwahlrecht in England erstmals organisiert worden. John Bright war der erste, der vor 40 Jahren im Unterhaus ein Gesetz für Einführung des Frauenstimmrechts eingebracht hat.

Jetzt attackieren die Suffragettes mit leidenschaftlicher Wut die liberale Partei und die Minister und traktieren mit Hundepeitschen den Minister Churchill und den Staatssekretär für Irland, den sie kürzlich so übel zugerichtet haben, daß er sich krank zu Bett legen mußte. Daß sie damit und mit andern Gewaltstreichen ihrer Sache nur geschadet haben, liegt auf der Hand.

Von solchen Akten des Faustrechts der „Damen“ halten sich die deutschen Proletarierinnen fern, auch wenn sie in Preußen-Deutschland denkbar wären. Sie wissen, daß sie früher oder später ihr Ziel erreichen werden durch unablässige sozialistische Agitation.

In Frankreich datieren die Anfänge der Bewegung für das Frauenstimmrecht aus der großen Revolution. Aber, den Philosophen Condorcet ausgenommen, waren die Koryphäen derselben ihm nicht günstig. Noch die Revolution von 1848 schloß die Frauen nicht bloß vom agemeinen Stimmrecht aus, sondern verbot ihnen — wie 1793 — die Teilnahme an Klubs und Versammlungen! Erst unter der dritten Republik kam eine günstige Stimmung auf. 1880 bekamen sie das aktive und passive Wahlrecht für den obersten Rates öffentlichen Unterrichts. 1886 dasselbe Recht für die Departementsräte der Elementarschulen, 1898 das Wahlrecht für Handelskammern und Handelsgerichte usw.

Nun ist in der Kammer schon in der vorigen Legislaturperiode ein Antrag eingebracht worden, betr. Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Gemeinde-, Bezirks- und Generalräte. Zum Beginn der neuen Legislaturperiode haben zirka 00 Abgeordnete den Antrag wiederholt. Als Berichterstatter wurde F. Bouisson bestellt.

Es ist interessant, wie dieser den Vorurteilen und Einwendungen gegen das Frauenstimmrecht begegnet. Die Frau, sagt man, soll physisch der Stürmen und Anstrengungen des öffentlichen Lebens nicht gewachsen sein. Aber was wollen diese bedeuten gegen die Anstrengungen von Millionen Arbeiterinnen! Weiter macht man geltend, daß die Frau keinen Militärdienst tue. Aber verlieren den die zum Dienst Untauglichen darum das Stimmrecht? Und anderseits: Haben denn die Offiziere das Stimmrecht? Und verdanken wir nicht den Frauen, daß wir überhaupt Soldaten haben? Weiter soll die Frau nicht intelligent genug sein für das Stimmrecht. Haben denn aber die Blödsinnigen, die Alkoholer, die Dummen mehr Intelligenz als die Frauen durchschnittlich? Daß die Wahlkämpfe die Reize der Frauen vermindern, ei gleichfalls eine Fabel.

Der Haupteinwand ist, die Priester würden ungeheure Anstrengungen machen den ganzen Boden zurückzugewinnen, den sie seit 30 Jahren verloren haben. Allein der geistige Zustand der Frau hat sich seit Jahrzehnten beträchtlich gehoben und merklich von der priesterlichen Bevormundung befreit. Was davon noch besteht, wird von dem Stimmrecht, das der Frau gegeben wird, vernichtet werden.

Der Berichterstatter empfiehlt ein schrittweises Vorgehen. Zunächst das Stimmrecht bei den Gemeindewahlen, und war nicht bloß, wie von gewisser Seite vorgeschlagen wurde, nur für ledige Frauen, Witwen und Geschiedene, sondern für alle Frauen ohne Unterschied (die das 21. Jahr zurückgelegt haben). Sind einmal die Frauen Gemeinderäte, so ist die natürliche Folge, daß sie auch Bezirksräte, Generalräte und somit Senatorinnen Wählerinnen werden. Womit der Uebergang zum vollständigen allgemeinen Stimmrecht vorbereitet ist.

Ob der Vorschlag des Referenten eine Mehrheit findet, ist eine andere Frage.

Politische Uebersicht.

Spiegelfechterei.

Die kommenden Reichstagswahlen werfen ihre Schatten weit voraus, viel weiter, als jemals bei früheren Wahlen. Obwohl uns noch zwei bis elf Monate von den Wahlen trennen, sind schon seit Monaten die Wahlvorbereitungen im Gange, und die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien über ihre Stellungnahme zueinander und die zu befolgende Taktik wollen nicht abreißen. Jetzt setzt sich wieder die „Kreuzzeitung“ mit den Nationalliberalen auseinander und macht ihnen die bittersten Vorwürfe, daß sie Spiegelfechterei treiben, soll heißen mit unehrlichen Mitteln kämpfen. Das Junkerblatt behauptet, das ganze Bestreben der Nationalliberalen sei seit einiger Zeit darauf gerichtet, die Konservativen als unsichere Kantonisten im Kampfe gegen die Sozialdemokratie hinzustellen, weil sie den liberalen Parteien die Verweigerung der Stichwahlhilfe gegenüber der Sozialdemokratie angedroht haben, soweit die Liberalen ihrerseits nicht auch die Konservativen unterstützen wollen. Was den Zorn der „Kreuzzeitung“ besonders erregt, ist offenbar, daß diese konservativen Drohungen bisher nicht gewirkt haben. Und darum fährt sie erst wütend gegen die Liberalen los:

„Wer direkt und indirekt die Sozialdemokratie seit der Aussicht auf das Bülowsche „Philippi“ unterstützt hat und noch fortwährend unterstützt, ist keinem verständigen und kritikfähigen Deutschen heutzutage unbekannt: das sind die Liberalen, und zwar die Nationalliberalen ebensogut wie die Fortschrittler. Der Sterbehetze, der Politik des Hasses (wie der freikonservative Abgeordnete Dr. Arendt die liberale Tendenzpolitik zutreffend bezeichnete) und nicht zuletzt auch dem direkten Eintreten für sozialdemokratische Kandidaten bei verschiedenen Ersatzwahlen seitens Liberaler verdankt die Sozialdemokratie ausschließlich ihren jetzigen Aufschwung. Und es ist charakteristisch, daß dieser sozialdemokratische Aufschwung durch das berüchtigte Abschiedsinterview des Fürsten Bülow geradezu inauguriert worden ist. Es nützt nichts, wenn die Liberalen, und besonders die Nationalliberalen — natürlich mit bekannter Entrüstung und obligater Schimpferei — diese Unterstützung der Sozialdemokratie ableugnen. Zahlreiche Zeugnisse aus ihrem eigenen Lager und sorgenvolle Auslassungen aus dem Schoße der verbündeten Regierungen stehen diesen Ableugnungsversuchen gegenüber. Und was ist denn die jetzige nationalliberal-fortschrittliche Verbrüderungstaktik anderes als eine Begünstigung der Sozialdemokratie?

„Diese liberale Taktik, die keinen andern Zweck hat, als mit sozialdemokratischer Hilfe die Konservativen zu „vernichten“, ist zwar keine ausgesprochene Großblocktaktik, aber sie zeigt deutliche Spuren davon. Wir brauchen das nicht näher auseinanderzusetzen. Das innige Verhältnis, das zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie für die kommenden Reichstagsstichwahlen bereits angebahnt ist, trägt reine Großblockzüge. Und dieser Taktik gegenüber sollen die Konservativen nicht zur Abwehr schreiten? Sie sollen sich von den Liberalen vorschreiben lassen, wie sie als nationale Partei sich zu verhalten hätten? Nein! Diese Spekulation auf konservative Selbstlosigkeit — oder sagen wir es rund heraus: auf konservative Dummheit — wird unter allen Umständen fehlschlagen. Die bürgerliche Linke hat gemeinsam mit der Sozialdemokratie den Konservativen beider Richtungen den Vernichtungskampf angesagt. Dieser Kampf muß von der Rechten mit der größten Rücksichtslosigkeit und mit allen Konsequenzen aufgenommen werden. Es ist ein aufgezwungener, von leidenschaftlichem Hasse diktierter Entscheidungskampf, der mit allen Mitteln ausgefochten werden muß.“

Grimmer Zorn spricht aus jeder Zeile, weil die Nationalliberalen sich noch immer nicht allgemein bequemen wollen, an der Seite der Konservativen den Kampf gegen die rote Flut aufzunehmen, das heißt der Reaktion zur erneuten Stärkung ihrer Machtstellung zu verhelfen. Das ist der von den Konservativen verfolgte Zweck. Alles Gerede der „Kreuzzeitung“ ist auch nur Spiegelfechterei, um andere dumm zu machen. Dabei scheut das Junkerblatt nicht die gemeinste Tendenzlüge, die es angeblich so sehr haßt. Es weiß, daß seine Behauptung von dem angeblich innigen Verhältnis zwischen Fortschrittlern und Sozialdemokratie unwahr ist; aber es stellt sie trotzdem auf, um für seine Drohungen an die Liberalen einen Schein von Berechtigung zu finden.

Wir Sozialdemokraten können diesen heftigen Auseinandersetzungen unserer Gegner als lachende Dritte zuschauen. Wir wissen, daß gar manche Liberale sehr gern den konservativen Lockungen zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie folgen würden. Aber die schwarz-blaue Koalition hat in der Tat den Bogen so überspannt, daß die Liberalen aus eigenem Interesse wohl oder übel dagegen Front machen müssen, wollen sie nicht einfach abdanken.

Die Angst der Börsenjobber

vor den kommenden Wahlen spricht aus einer Auslassung der „Berliner Börsenzeitung“, in der die Nationalliberalen ermahnt werden, doch um Gottes willen nicht noch durch ihre Taktik die Sozialdemokratie fördern zu helfen, sondern sich fromm unter das Sammelbanner Bethmann-Hollwegs zu stellen. Das Börsenorgan schreibt und die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ — man denke! — druckt es verständnisvoll nach:

„Eine Partei, die so große Endziele hat, ist nicht dazu angetan, nach kleinen taktischen Rücksichten des Augenblicks ihre Politik zu treiben. Die nationalliberale Partei kann nur strategische Politik treiben. Das heißt negativ: keine Verärgerungspolitik mitmachen — das heißt positiv: den Kampf gegen den gefährlichsten Feind mit aller Energie und Konsequenz durchführen. Wir denken nicht daran, die Haltung der Konservativen in der Reichsfinanzreform irgendwie zu beschönigen, ganz im Gegenteil, wir werden immer wieder darauf hinweisen und auf eine Umgestaltung der unsozialen Steuern hinarbeiten. Aber es gibt noch höhere Gesichtspunkte, hinter die alles andere zurücktreten muß. Das ist die Erhaltung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung. Das ist positiv der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Wer jetzt, um die „Reaktion“ totsicher zu erschlagen, die Sozialdemokratie zur Helfershelferin herbeiholt, wie der radikale freisinnige Flügel predigt, der wird erleben, daß diese „Reaktion“ vielleicht viele und tiefe Wunden erhält — sicher totgeschlagen aber wird der, der die „Genossen“ rief. Und ebenso sicher ist, daß, wenn einmal die „Genossen“ zur Macht gekommen sein sollten, und das Volk ihre neuen Herren wirklich kennen gelernt hat, der krasseste Rückschlag eintreten wird. Dann werden die jetzt wildesten Rufer nach der Sozialdemokratie die eifrigsten sein, die die Hilfe der stärksten Reaktion anrufen. Das bei Zeiten zu regulieren ist die Aufgabe einer großen zielbewußten Mittelpartei. Ueber die Forderung und kleine Not des Tages die große schicksalsschwere Zukunft verstehen und danach handeln — unbekümmert um die Meinung der Masse, das muß die Strategie der nationalliberalen Partei sein. Volkspartei sein heißt eine für das Volk arbeitende, nicht aber von den wechselnden Stimmungen des Volkes abhängige Partei sein.“

Darin kommt die Stimmung der großen Börsenleute offenbar einigermaßen richtig zum Ausdruck. Sie deckt sich ziemlich mit der der Industriemagnaten. Beide Gruppen verstehen ihre materiellen Interessen auch unter der schlimmsten Junkerherrschaft zu wahren und die Interessen der großen Masse des Bürgertums sind ihnen nicht viel weniger gleichgültig wie die der Arbeiterklasse. Diese niederzuhalten ist beiden Gruppen gleich wichtig und um diesen Zweck zu erreichen, lassen sie die Interessen des Bürgertums mit versinken.

Konservative Reichstagskandidaturen in Mecklenburg.

Nach der „Kreuzzeitung“ haben die Konservativen in Mecklenburg bisher folgende Reichstagskandidaturen aufgestellt: Im 1. Wahlkreise (Hagenow-Grevesmühlen) Tischlermeister Pauli (Potsdam), im 2. Wahlkreis (Schwerin-Wismar) Maschinenfabrikant Witt (Schwerin), im 3. Wahlkreis (Parchim-Ludwigslust) Professor Dr. Dade (Berlin), im 4. Wahlkreis (Waren) Vizelandmarschall Freiherr v. Maltzahn (Peckatel), im 6. Wahlkreis (Güstrow) Rittergutsbesitzer v. Graefe (Goldeben) und im 7. Wahlkreis (Mecklenburg-Strelitz) Domänenpächter Rauck (Schönfeld). — Danach werden also die jetzigen Abgeordneten Dröscher und v. Treuenfels nicht wieder kandidieren.

„Preßfreiheit mit dem Galgen daneben!“

In der „Kreuz-Zeitung“ wird wieder einmal das Bedürfnis der junkerlichen Agrarier nach Schutz ihrer sehr problematischen Ehre gegen Preßangriffe laut. „Die bevorstehende Aenderung unseres Strafrechts und Strafprozeßverfahrens sollte allen, die es mit unserm Volke und seiner moralisch-politischen Gesundheit gut meinen, Anlaß geben, einer Vermehrung der Preßverantwortlichkeit in dem angedeuteten Sinne ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden,“ heißt es in einem Leitartikel, und dann werden sofort zweckentsprechende Vorschläge gemacht. Die altpreußische Einrichtung der Zeitungskaution soll wieder erstehen!

„Zu erstreben wäre, daß einmal für Preßvergehen, abgesehen von den Fällen des Hoch- und Landesverrats, vornehmlich Geldstrafen in Anwendung kämen, die von der Zeitung und ihrem Besitzer zu tragen und in einem Verhältnis zur Ausbreitung derselben in einer Höhe zu normieren wären, daß auch dem zahlungsfähigsten Preßmagnaten die Aussicht auf eine derartige Bestrafung ernstliches Unbehagen erregen müßte. Diese durchaus notwendige Wirkung könnte auch dadurch erreicht werden, daß dem Beleidigten, selbst wenn er nicht eine bestimmte materielle Schädigung nachzuweisen vermöchte, der Anspruch auf eine den Umständen entsprechende Buße zugebilligt würde, wie dies in den „Ländern der Freiheit“, in England und Nordamerika, üblich ist. Damit die Vollstreckung derartiger Strafen nicht durch allerlei „Schiebungen“ unmöglich gemacht werden könnte, wäre von jedem Besitzer oder Verleger einer politischen Zeitung, Zeitschrift, eines Witzblattes, Kalenders oder Flugblattes die Hinterlegung einer Kaution zu fordern, deren Höhe sich nach der Verbreitung des betreffenden Preßerzeugnisses zu richten hätte, deren Zinsen dem Besitzer zustünden, aus der zunächst etwaige Strafen und Bußen eingetrieben würden und die in solchem Falle durch Nachzahlungen immer von neuem auf die entsprechende Höhe gebracht werden müßte, falls auf ein Weitererscheinen des Blattes seitens des Besitzers Wert gelegt würde.“

Auf diese Weise könnten die Junker doch noch ein gutes